

AUF DEM WEG ZU MEHR GLEICHBERECHTIGUNG IN AFGHANISTAN

Afghanische Frauen und Mädchen werden durch die Förderung von Menschenrechten und der Zivilgesellschaft gestärkt

Mitte Juni 2014 haben tausende Frauen während des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan die Chance wahrgenommen, ihre Stimme abzugeben. Sie sind stundenlang vor den Wahlbüros Schlange gestanden und zeigten mit Stolz ihre tintengefärbten Finger, als Beweis, dass sie wählen gingen.

POLITISCHE PARTIZIPATION VON AFGHANISCHEN FRAUEN

Die Wahlbeteiligung der Frauen im ersten Wahlgang war mit 36 Prozent relativ hoch und im zweiten Wahlgang gemäss ersten Schätzungen noch etwas höher. Die afg-

hanische Regierung und zivilgesellschaftliche Kräfte haben mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft im Vorfeld der Wahlen Massnahmen getroffen, um die politische Partizipation von Frauen zu ermöglichen. Es wurde im Vorfeld der Wahlen einerseits viel in die Ausbildung weiblicher Sicherheitskräfte investiert, welche die Sicherheit der Wählerinnen und Wähler sowie der Wahlmitarbeitenden gewährleisten sollten. So wurden 13'000 Frauen rekrutiert, welche durch Körperdurchsuchungen verhindern sollen, dass militante Gruppen durch eine Burka getarnt Zutritt zu Wahllokalen erhalten. Frauenrechtsorganisationen sensibilisierten Frauen auf ihre politischen Rechte und forderten sie auf, zur Wahl zu gehen. Eine dieser Organisationen, die «Noor Educational and Capacity Development Organization» (NECDO), leistet mit dieser Sensibilisierungsarbeit einen wichtigen Beitrag zur politischen

Transition hin zu einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft, in der alle Afghaninnen und Afghanen gleichermaßen von der Achtung der Menschenrechte profitieren und einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen erhalten.

FORTSCHRITTE IM BILDUNGSBEREICH

Eine der wichtigsten Dienstleistungen ist der Zugang zu Bildung. Mangelnde Bildung und Analphabetismus ist insbesondere unter Frauen in ländlichen Gebieten weit verbreitet. 87 Prozent der Frauen können weder lesen noch schreiben. In den letzten Jahren konnten Fortschritte im Bildungsbereich verzeichnet werden. Die Einschulungsrate von Mädchen liegt heute zwar bei 48 Prozent, ist aber immer noch rund ein Drittel tiefer als die der Buben. Marianne Huber, Leiterin des Schweizerischen Kooperationsbüros in Kabul erklärt: «Sehr entscheidend für einen verbesserten Zugang der Mädchen zu Bildung ist die gezielte Ausbildung weiblicher Lehrkräfte, insbesondere für Schülerinnen ab 10 Jahren. Wir wissen, dass Eltern zum Beispiel in unserer Projektregion im Norden des Landes ihre Töchter aus der Schule nehmen, wenn sie ab einem bestimmten Alter keine weibliche Lehrkraft haben. Auch die Aufnahme von Frauen- und Menschenrechten in geeigneter Form im Lehrplan ist wichtig für die langfristige Verbesserung des Zugangs zu Bildung.» Positiv ins Gewicht falle die Tatsache, dass die breite Bevölkerung mehr und mehr auf die Bildungsmöglichkeiten ihrer Söhne und Töchter beharrt und sich auch in Gebieten, die von Aufständischen beeinflusst sind, wiederholt mutig gegen die Schliessung von Schulen zur Wehr gesetzt habe. Eine weitere Massnahme, um die Akzeptanz von Schulausbildung und politischer Partizipation für Mädchen und



Eine junge Wählerin präsentiert stolz ihren tintengefärbten Finger, als Beweis, dass sie gewählt hat

Frauen zu steigern, sei der Dialog mit gemässigten Stammesführern, um sie auf Menschenrechte und gleiche Chancen für Mann und Frau zu sensibilisieren. Diese verschliessen sich moderaten gesellschaftlichen Öffnungen nicht per se, vor allem dann nicht, wenn sie sehen, dass an anderen Orten im Land eine Öffnung gewisse Fortschritte für alle gebracht habe, so Huber.

Seit Anfang 2012 unterstützt die DEZA in Afghanistan das von der GIZ implementierte Enhance Balanced Education (BALEDU) Projekt mit jährlich rund 2.5 Millionen Franken. Mit BALEDU trägt die Schweiz direkt zur Erhöhung der Einschulungsraten von Mädchen in drei Provinzen in Nordafghanistan bei. Die lokale Bevölkerung und religiöse Führer (mullahs) werden für die Bedeutung von Bildung für Mädchen sensibilisiert. Das Projekt fördert gezielt weibliche Lehrkräfte auf Sekundarschulniveau und sorgt dafür, dass mehr Schulabgängerinnen in die Lehrerausbildungszentren eintreten.

WEIBLICHE POLIZEIKRÄFTE FÜR MEHR SICHERHEIT UND RECHTSTAATLICHKEIT

Ein weiterer Schwerpunkt des Schweizer Engagements in Afghanistan zur Stärkung der Frauenrechte bildet die Ausbildung von Polizistinnen. Insbesondere im Bereich häuslicher Gewalt braucht es ausgebildete Polizistinnen als Ansprechpersonen. Dies ist in einem Kontext wie Afghanistan, der stark von 30 Jahren Kriegsgewalt, sowie strikter Geschlechtertrennung geprägt ist, besonders wichtig. So erhalten beispielsweise nur Frauen Zugang zu Befragungen von Frauen oder Hausdurchsuchungen. Weiter ist ein hoher Frauenanteil in der afghanischen Polizei wichtig für die Bekämpfung der weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen, da betroffene Frauen eher Anzeige bei Polizistinnen erstatten. Huber bemerkt aber, dass noch viel getan werden müsse, um würdige Arbeitsbedingungen von Polizistinnen zu garantieren. «Allzu oft werden Polizistinnen von ihren männlichen Kollegen sexuell belästigt. Viele von ihnen

werden für nicht viel mehr als Teekoche- rin und Schreibkraft eingesetzt. Auch gibt es immer noch Polizeistationen, wo es zum Beispiel keine abschliessbaren Toiletten für Frauen gibt. Das sind Missstände, die behoben werden müssen, bevor mehr Frauen für diesen wichtigen Beruf gewonnen werden können».

Seit 2003 unterstützt die DEZA den Law and Order Trustfund Afghanistan (LOTFA) der UNDP. Das Projekt unterstützt die Reform des afghanischen Polizeiwesens und die verbesserte Ausbildung von Polizeikräften. Der Schweizer Beitrag von ungefähr 800'000 Franken pro Jahr wird gezielt für die «democratic policing» Komponente eingesetzt. In deren Rahmen werden Polizisten für Genderaspekte, insbesondere Gewalt gegen Frauen, sensibilisiert. Die Bevölkerung wird auf ihre Rechte im Umgang mit Polizei- und Justizbehörden aufmerksam gemacht. Die so verbesserte Interaktion zwischen Polizei und Bevölkerung soll zu mehr Sicherheit für alle beitragen.



Eine Mitarbeiterin mit «ihrer» Urne in einem Wahllokal in Kabul



Ein Poster zur Wahlanimation für Frauen und Männer gleichermaßen, mit geschlechtergetrennten Wahllokalen im Hintergrund

BEKÄMPFUNG VON HÄUSLICHER GEWALT

Armut, Kriegstraumata und fehlende Erfahrung im zwischengeschlechtlichen partnerschaftlichen Umgang bilden zusammen ein hohes Spannungspotential, das sich oft im privaten Raum gewaltsam entlädt, mit fatalen Konsequenzen, insbesondere für Frauen und die heranwachsende Generation. Im Bestreben nach einer Verbesserung der Sicherheit und Rechtstaatlichkeit in Afghanistan spielt

die Zivilgesellschaft neben der afghanischen Regierung eine entscheidende Rolle. Die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission (AIHRC) trägt wesentlich dazu bei, dass die afghanische Bevölkerung Zugang zu Justiz erhält und effektiver vor Menschenrechtsverletzungen geschützt wird. 2013 hat die AIHRC über 4100 Fälle von häuslicher Gewalt registriert und ruft die Regierung dazu auf, Massnahmen zu ergreifen, um das Gesetz der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen umzusetzen. Die AIHRC verlangt, dass sie die Straflosigkeit in diesem Bereich bekämpft und Täter angemessen bestraft werden. Neben dem Einsatz für verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, versucht die AIHRC die afghanische Bevölkerung auf die Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren, damit betroffene Opfer beispielsweise nicht von ihren Familien verstossen werden. Erst kürzlich hat sie durch eine landesweite Umfrage über Ehrenmorde und sexuelle Gewalt gegen Frauen auf die Thematik aufmerksam gemacht.

ENTWICKLUNGSFORTSCHRITTE UND NEU ERWORBENE RECHTE BEWAHREN

Frauenrechte sind Menschenrechte und die afghanischen Frauen sind bereit, diese Rechte für sich einzufordern. Egal ob sie wie die Frauen, die wählen gingen, ihr Recht auf politische Partizipation geltend machen, sich wie zahlreiche afghanische Frauenrechtsorganisationen dem Kampf für mehr Gleichberechtigung verschrieben haben oder sich wie die über 1500 Polizistinnen für die Sicherheit von Frauen einsetzen, sie alle haben eine Gemeinsamkeit: sie leisten einen Beitrag zur Transformation der traditionellen Geschlechterrollen und somit zu einer demokratischeren und inklusiveren Gesellschaft in Afghanistan. Aber sie zahlen dafür einen hohen Preis, denn Frauen, die sich in Afghanistan öffentlich für Frauenrechte stark machen, werden immer wieder zur Zielscheibe der Aufständischen.

DAS ENGAGEMENT DER DEZA IN AFGHANISTAN

Die Schweiz ist seit 1970 in Afghanistan tätig, aber erst nach dem Fall des Talibanregimes wurde 2002 das Kooperationsbüro Kabul eröffnet. Übergeordnetes Ziel der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan ist es, den afghanischen Transformationsprozess zu unterstützen und dank der Schweizer Neutralität und Flexibilität über gezielte Nischen zu positiven Veränderungen in der Gesellschaft beizutragen. Einer der Schwerpunkte des Schweizer Engagements in Afghanistan liegt im Bereich lokale Gouvernanz. Mit Projektbeiträgen trägt sie zum Staatsaufbau, Schutz der Menschenrechte sowie der Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Rund die Hälfte des Budgets fliesst in Projekte im Gouvernanz-Bereich.

Die Civil Society and Human Rights Organisation (CSHRO) ist eine Dachorganisation der afghanischen Zivilgesellschaftsorganisationen. Die DEZA unterstützt CSHRO seit 2004 mit jährlich rund 400'000 Franken. Das CSHRO Netzwerk unterstützt und koordiniert über 120 Menschenrechtsorganisationen im ganzen Land. Über das Projekt werden die institutionellen und thematischen Kompetenzen der Organisationen gestärkt, damit diese effizienter für Menschenrechtsbelange eintreten können.

Links:
DEZA: www.sdc.admin.ch
DEZA – Afghanistan: www.swiss-cooperation.admin.ch/afghanistan/

ÜBER DIESE PUBLIKATION

Herausgegeben von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, Abteilung Südasien
Freiburgstrasse 130, CH 3003 Bern
Fotos: Susanne Schmeidl

Die NATO/ISAF hat die Sicherheitsverantwortung bereits formell an die afghanischen Sicherheitskräfte übertragen und der Abzug der eigenen Truppen bis Ende 2014 ist in vollem Gang. Die afghanischen Sicherheitskräfte leisten insgesamt gute Arbeit, insbesondere in den grösseren Städten. Dennoch wird die Sicherheitslage in Afghanistan weiterhin eine Herausforderung darstellen. Die Sicherheitskräfte werden noch lange auf internationale Finanzierung und auch technische Unterstützung angewiesen sein, soll das Land nicht wieder in den Zustand der 90er-Jahre zurückfallen – dies hätte verheerende Folgen für die hart erkämpften Fortschritte und verbesserten Lebensgrundlagen der afghanischen Bevölkerung und insbesondere der Frauen. Die Schweiz will daher zusammen mit anderen Staaten durch das Engagement der DEZA vor Ort präsent bleiben, um zum Erhalt und Fortentwicklung der erzielten Resultate beizutragen.



Weibliche Wahlmitarbeiterin kontrolliert Ausweise der Wähler